

Missbrauch des Gedenkens an Zwangsarbeiter-Ermordung für Kriegspropaganda

Redebeitrag Friedensdemo, 3.10.24 Heidelberg

Martin Hornung, Mitglied der Kreisvereinigung Heidelberg der VVN-BdA und der IG Metall

Liebe Friedens-Freundinnen und Friedens-Freunde, sehr geehrte Anwesende, wir haben heute eine gute Demonstration und Kundgebung gegen Krieg und Aufrüstung und für Frieden und Internationale Solidarität durchgeführt. Einer von acht Rednerinnen und Rednern muss halt der letzte sein, in dem Fall ich, Danke für Eure Ausdauer, auch wenn es inzwischen regnet.

Bei den derzeitigen Kriegen erleben wir in besonderer Weise, wie versucht wird, sie mit Verdrehungen und hetzerischer Propaganda zu begründen und zu verschärfen. Auf ein jüngeres Beispiel möchten wir eingehen.

Beim Antikriegstag vor einem Monat wurde bereits daran erinnert: Dieses Jahr am 28. August hat sich auch die Ermordung von fünf sowjetischen Zwangsarbeitern in Heidelberg zum 80. Mal gejährt. Sie wurden auf dem Gelände der ehemaligen Fuchs-Waggon-Fabrik in Rohrbach von den Nazis umgebracht, nur weil sie Lebensmittel von Eisenbahn-Waggons entwendet hatten, um nicht zu verhungern.

Am Jahrestag haben Antikriegsforum und VVN-BdA zum Gedenken an die 1944 gehenkten, drei russischen und zwei ukrainischen Zwangsarbeiter am Mahnmahl im Stadtteil Rohrbach wieder einen Kranz niedergelegt.

Abends fand dazu eine andere Veranstaltung statt – in einem RNZ-Leserbrief wurde sie als „unwürdig und schamlos“ bezeichnet. Denn sie diene vor allem einem Zweck: das Gedenken an die Opfer der Nazi-Verbrechen für heutige Kriegspropaganda zu missbrauchen.

Organisiert wurde dies per E-Mail von einem Mitglied der Grün-Alternativen Liste Heidelberg und „Stop Dictators HD“. Diese Gruppe verbreitet auf Facebook zum Beispiel die Lüge, in der Inschrift des Mahnmahls sei nur von „russischen Zwangsarbeitern“ die Rede, dies müsse korrigiert werden. Tatsächlich heißt es auf der Tafel „sowjetische Zwangsarbeiter aus Russland und der Ukraine“.

Außer deren Reden wurden auch „Grußworte“ der Heidelberger Bundestagsabgeordneten Franziska Brantner (Grüne, Staatssekretärin und künftig Parteivorsitzende) und Alexander Föhr (CDU) verlesen.

Nach ein paar Eingangsworten zu den Zwangsarbeitern wurde in den genannten Beiträgen in erster Linie versucht, das heutige Russland auf eine Stufe mit dem Nazi-Faschismus zu stellen. Motto: „*Nach dem deutschen Faschismus des 20. Jahrhunderts - Putin-Faschismus des 21. Jahrhunderts.*“

Brantner sprach zum Beispiel von einem „*autoritären (russischen) Regime, das uns jeden Tag mehr erinnert an die Zeiten, die wir hinter uns gelassen haben. Nie wieder heißt jetzt!*“ Oder - Originalton des Versammlungs-Organisators: „*Im heutigen Russland (lässt sich) beobachten, was in Deutschland vor 80 Jahren bis zum äußersten Exzess betrieben wurde.*“

Die von knapp 30 Menschen besuchte Versammlung war nichts anderes als eine unglaubliche Instrumentalisierung des Gedenkens an die Nazi-Opfer, für eine Werbepattform für mehr Waffenlieferungen an die Ukraine und Stimmungsmache gegen Russland - indem auf unsägliche Weise versucht wurde, Parallelen zum deutschen Faschismus zu ziehen.

Da dies vorab zu erwarten war, haben Antikriegsforum und VVN-BdA einen Flyer erstellt. Rund 20 Friedensfreundinnen und -Freunde, Antifaschistinnen und Antifaschisten und Mitglieder der IG Metall waren vor Ort und haben das Flugblatt verteilt.

Der Wortlaut in Auszügen:

„Zum Gedenken an die ermordeten Zwangsarbeiter!

Wir gedenken heute der fünf hier ermordeten Zwangsarbeiter. Sie wurden 1942 aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland verschleppt und vor 80 Jahren, am 28. August 1944, auf dem Gelände der damaligen Fuchs-Waggonfabrik von den Nazis brutal ermordet. ...

Die Veranstaltung am 28. August haben Personen und Organisationen wie „Stop Dictators HD“ ... organisiert - per E-Mail, die auch an die Stadt, die Gemeinderatsfraktionen und die IG Metall ging. Ein inhaltlicher Aufruf war nicht beigefügt. ...

Wir müssen in diesen Tagen auch an den Zweiten Weltkrieg erinnern, der vom deutschen Faschismus am 1. September 1939 entfesselt wurde, und an den Vernichtungsfeldzug der Wehrmacht gegen die Sowjetunion.

Am „Kursker Boden“ in der Sowjetunion tobte vor 81 Jahren die größte Schlacht im Zweiten Weltkrieg. 1,2 Millionen Angehörige der Roten Armee und 200.000 deutsche Soldaten blieben auf den Schlachtfeldern tot zurück.

Im Sommer 1943 sind tausende deutsche Panzer vom Typ „Panther“, „Tiger“ und „Marder“ in der Region Kursk vorgedrungen. Heute rollen dort erneut deutsche „Marder“-Panzer („Berliner Zeitung“, 19.8.2024).

Der jüngste der fünf sowjetischen Zwangsarbeiter, Vasilij Skorkin, kam aus dem Kreis Kursk in Westrussland, aus Ponory. Er war Schüler und nur 17 Jahre alt, als er nach Deutschland verschleppt wurde, und musste mit 19 sterben.

Deutschland hat aufgrund der Verbrechen unter dem Faschismus und im Zweiten Weltkrieg eine besondere Verantwortung für den Frieden.

Sollte die Veranstaltung zum Gedenken an die ermordeten Zwangsarbeiter mit einer möglichen Instrumentalisierung verbunden sein, für Forderungen nach Waffenlieferungen, Aufrüstung und Kriegspropaganda (was dann, wie gesagt, auch in unsäglicher Weise geschehen ist) treten wir dem ausdrücklich entgegen. ...

*Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg
VVN-BdA Heidelberg“*

(So Auszüge aus dem verteilten Flyer)

Entsprechend waren die betreffenden Reden auch mehrfach durch empörte Zwischenrufe zur Kriegspolitik der NATO, zum Bandera-Faschismus in der Ukraine und gegen die vorgetragene Kriegspropaganda sowie Relativierung des NS-Faschismus gestört.

Für die Stadt Heidelberg sprach in Vertretung von Oberbürgermeister Eckart Würzner der Vorsitzende der SPD-Gemeinderatsfraktion, Sören Michelsburg. Er hat sich in seinem Beitrag ausdrücklich nicht - wie von „Stop Dictators“ am 3. September auf Facebook behauptet - der verbreiteten Kriegspropaganda und Relativierung des deutschen Faschismus angeschlossen. Er hat der im NS-Faschismus ermordeten Zwangsarbeiter gedacht und gemahnt: Wir alle tragen Verantwortung, dass so etwas nicht wieder passiert.

Der Organisator der Versammlung hat gestern in einem RNZ-Leserbrief die Relativierung des deutschen Faschismus fortgesetzt und zu der Veranstaltung Ende August formuliert: „Vertreter des demokratischen Spektrums zogen ... Analogien zwischen den Verbrechen der Nazis und denen des Moskauer Regimes ...“

Liebe Freundinnen und Freunde,

vor wenigen Tagen bestätigte auch der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), dass ein Friedensabkommen zwischen Moskau und Kiew im Frühjahr 2022 vom Westen verhindert wurde.

Den Baerbocks, Pistorius', Merz' und anderen geht es um die Ukraine eher am Rande, um die Bevölkerung und Menschenleben schon gar nicht. Ziel der NATO ist der Großkrieg um die Weltordnung.

Kriegsgegnerinnen und -Gegner werden von ihnen als „Putinfreunde“ diffamiert, von ihren Heidelberger „Followern“ als „Putin-Trolle“ und „Putinisten“.

Die zitierten Darstellungen: Russlands Krieg in der Ukraine und das, was seit Putin in Russland passiere, sei vergleichbar mit den Verbrechen der Nazis ab 1933, Russland sei heute das damalige Nazi-Deutschland sind ungeheuerliche und unerträgliche Behauptungen und Relativierungen des deutschen Faschismus, die wir entschieden zurückweisen.

Im Gedenken an die Millionen Opfer des NS-Regimes und im Widerstand gegen Hochrüstung und Krieg lassen wir uns durch derlei Propaganda und Provokationen nicht spalten. Wir fordern Waffenstillstand, Verhandlungen und Beendigung auch dieses Krieges.